

Die Stellung des Christen zum Staat

Der pietistische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. sah sich als Diener Gottes und an die Zehn Gebote und die Forderungen des Evangeliums gebunden. Aus dem Pietismus heraus entstand 1794 das Allgemeine Preußische Landrecht. Nun zur Einleitung ein Beispiel, was damals Recht war und heute ist.

Im Preußischen Landrecht konnte das ungeborene Leben bzw. ein ungeborenes Kind als Erbe eingesetzt werden. Heute könnte eine Mutter, wenn sie etwas mehr Geld für sich haben möchte, nach Kenntnis des Testaments noch schnell eine Abtreibung auf gesetzlicher Grundlage vornehmen und ihren finanziellen Anteil erhöhen.

Woher kommt das Recht und, nachgelagert, die Rechtsordnung im Staat? Im pietistisch geprägten Preußen ging das Recht aus der sittlichen Grundlage des Christentums und dem daraus historisch entwickelten kodifizierten (positiven, gesetztem) Recht hervor. Niemals aber durfte das angewandte Recht sich von seiner sittlichen Grundlage, der christlichen Ethik, abtrennen, denn dann wurde es Unrecht.

Heute haben wir ein vom Menschen gemachtes, durch Mehrheitsentscheidungen geschaffenes positives Recht. Der Libertäre Dr. Markus Krall bringt in seinen Interviews immer das Beispiel über fünf Wölfe und ein Schaf, welche "demokratisch" darüber abstimmen, was es zum Abendbrot zu essen gibt. Die Demokratie mit ihren Mehrheitsentscheidungen neigt dazu, Minderheiten (wir meinen hier die kleine Gruppe der frommen Christen und nicht der aktuell sehr populären Gruppen der unterschiedlichen Geschlechter) zu drangsalieren. Wenn der Kern der Neuzeit der Nutzen und der Egoismus ist, bzw. der Materialismus und Individualismus die Menschen immer mehr prägen und das Allgemeinwohl den Interessen des Einzelnen oder der einflussreichsten Gruppe geopfert wird, wie wirkt sich dies auf unser Rechtssystem und den Staat aus?

Professor Hans-Joachim Schoeps schrieb in seinen Büchern, dass um etwa 1840 ein fortschrittliches, am Allgemeinwohl orientiertes Beamtentum eine geschriebene Verfassung insoweit ersetzte, als dass eine sehr objektive und sparsame Verwaltung und Justiz vorhanden waren.

Wie sieht es heute mit der Verwaltung und der Justiz aus? Herbert von Armin schrieb bereits vor vielen Jahren ein Buch mit dem Titel "Der Staat ohne Diener". Die Richter sind heute wenigstens von der mittleren Ebene an politische Beamte und abhängig von Parteien. Und die Parteien sind abhängig davon, dass die Gerichte ihr Handeln legitimieren. "Eine Hand wäscht die andere". Ob es die Griechenlandkrise, die Target-II-Bürgschaften der Bundesregierung von über 800 Mrd. Euro oder die aktuelle Vergemeinschaftung der Schulden in der Corona-Krise sind, nie hat das Bundesverfassungsgericht das Handeln der Bundesregierung deutlich sanktioniert. Hier gibt es eine gegenseitige Abhängigkeit von Gerichten, dem Staatsanwalt als politischem Beamten, Parteien und der Regierung. Parallel hat man sich im 19. Jh. über die Gewaltenteilung Gedanken gemacht. Die vierte Gewalt, die Presse, wollte man damals einem Ehrenkodex unterwerfen. Die Presse sollte eine Art Wächterfunktion für die anderen

Gewalten übernehmen. Heute haben etwa 85 % der 50.000 bis 100.000 Berufsjournalisten eine linke Einstellung und die Wächterfunktion, die im 19. Jh. beabsichtigt war, findet nicht mehr statt. Aktuell geht es den Medien finanziell schlecht und der Staat unterstützt mit großzügigen Zeitungsanzeigen und wirbt für die Politik der Bundesregierung, sofern es politisch genehme Medien sind. Und dann soll es sich hier nicht um eine gekaufte öffentliche Meinung handeln? Spätestens seit "Watergate" wissen wir, dass man immer der Spur des Geldes folgen muss, um die Handlungsweisen der Akteure zu verstehen.

Die etwa 5.000 Berufspolitiker handeln im Gefolge dieser öffentlichen Meinung, die von den Journalisten geschaffen und gehütet wird. Der Strom dreht sich immer in die linke Richtung und auch gegen die Frommen. Hierzu ein Beispiel: Leider häufen sich statistisch wohl Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche. Die Kirche verurteilt in ihrer eigenen Justiz diese Fälle, wie zum Beispiel Renate Künast von den Grünen lautstark forderte. Die Grünen fordern hier immer wieder eine schonungslose Aufklärung. Als etwa 2015 in den Medien von pädophilem Missbrauch von Kindern Anfang der 1980 Jahre in der Partei und im Umfeld der Grün-Alternativen Liste (damalige Name für die Grünen in Berlin) über 1.000 Missbrauchsfälle thematisiert wurden, wollte Frau Künast hierzu als damalige Vorsitzende keine Verantwortung übernehmen und war zu keiner Stellung bereit. Die Medien ließen das Thema sofort unter den Tisch fallen. Die Grünen ließen seinerzeit bundesweit pädophile Gruppen zu Wort kommen und forderten die Entkriminalisierung der Pädophilie. Missbrauchte ehemalige Opfer berichteten in Interviews, dass es keinen einvernehmlichen Sex zwischen Kindern und Erwachsenen geben kann. Man wollte damals bewusst den Schutzrahmen für Kinder beenden und Tätern Straffreiheit geben. Fazit: Die Kirche sagt, unsere Mitarbeiter haben falsch gehandelt und die Kinder sind Opfer. Die Grünen sagten damals das Thema Opfer wird nur hochgespielt und wir nehmen den Kindern den Schutzrahmen.

Parallel haben wir heute einen Trend, dass die Moral der Öffentlichen Meinung höher geachtet wird als das geltende Recht. In der Demokratie findet eine immer stärkere Tendenz zur Politisierung des gesamten öffentlichen und privaten Raumes durch permanente Wahlen statt. Dies schränkt die Freiheit des Einzelnen bzw. der Christen ein. Die Duldung von Minderheiten bzw. christlichen Minderheiten und abweichenden Meinungen findet zunehmend weniger Akzeptanz bei der Mehrheitsbevölkerung. Die Betonung und das Bekenntnis der abstrakten Freiheit im öffentlichen Raum durch die Mehrheit und die konkrete Freiheit für den frommen Christen zeigen eine zunehmende Diskrepanz. Dabei sind in demokratischen Systemen keine Mechanismen eingebaut, die den jakobinischen Kräften, die die Freiheit zerstören wollen, entgegenzutreten. Die Eindämmung dieser jakobinischen Kräfte benötigt eine Kultur im vorpolitischen Raum, die sich auf natürliche Weise als Grundlage für ein dauerhaft funktionierendes Gemeinwesen als Grundlage entwickeln muss, aber nicht von oben geschaffen werden kann. Verstärkt wird dieser Trend durch die Politisierung des gesamten Staatsapparates durch Parteien. Der Staat der das Allgemeinwohl vertreten sollte, ist zunehmend durchpolitisiert. Die Freiräume für fromme Christen werden von dieser Seite zusätzlich eingeengt.

Es gibt immer wieder Lieblingsthemen der linken Medien. Hier eine kurze Abfolge: Ende der 1970ziger Jahre gab es die Angst vor einer Eiszeit, die Sonne würde sich abkühlen. Danach gab es ca. 1984 das Thema Waldsterben in Deutschland. Man sprach davon, dass es in 10 Jahren keinen Baum mehr geben würde. Ende der 1980ziger Jahre hatte man Angst vor dem Ozonloch, u.a. über Australien, und man machte der Menschheit Angst vor Hautkrebs. Aktuell wird gerade die Sau mit den Themen Klimawandel und Minderheiten durchs Dorf getrieben. Parallel werden umfangreiche ideologisch motivierte Gesetze zu diesen Themen erlassen. Ein Grundproblem ist hierbei, dass dem Gegner der Utopie die Ehre aberkannt wird und quasi zum Staatsfeind erklärt wird. Es geht bei diesen Zivilreligionen praktisch um ein Bekenntnis zu dieser Utopie. Die öffentliche Meinung und zeitverzögert auch der Staat verlangen von der Bevölkerung und damit auch von uns Christen ein quasireligiöses Bekenntnis dazu. Ein oft zitierter Satz ist: „Wir glauben an den Klimawandel“. Doch wir Christen sollen an Jesus Christus glauben und nicht an den Klimawandel. Der Staat ist an dieser Stelle nicht weltanschaulich neutral und übertritt die Grenzen, was er von seinen Bürgern fordern darf.

Wer sich hier auf die Meinungsfreiheit beruft wird sozial und wirtschaftlich ruiniert oder zumindest angegriffen. Wenn die öffentliche Meinung, die Interessen von Einzelnen, Gruppen und ein nichtchristlicher Grundkonsens unser Staatswesen, die Gesetze und die Gerichte prägen, dann hat dies Auswirkungen auf unser Gemeinwesen.

Natürlich sind jeder Staat und jede menschliche Ordnung nicht frei von Mängeln. Doch die Deutschen sehen im Staat nach der Tradition des Philosophen Hegel eine sittliche Anstalt bzw. eine "göttliche" Dimension. Wir Christen neigen dann oft auch dazu, in diesem Fahrwasser die Obrigkeit zu vergötzen.

Der Christ sollte nicht einfach sagen: "In der Bibel steht: Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist". Viele Christen neigen dazu, keine gründliche Analyse der Dinge vorzunehmen, sondern sich der Öffentlichen Meinung einfach anzuschließen. Ein Freund sagte einmal salopp: Wir sollen nicht unser Gehirn in der Garderobe abgeben, den bequemen Weg wählen und mit dem Zeitgeist ins Bett gehen, auch wenn dies vordergründig der einfachere Weg scheinbar ist. Wir sollen Gott mehr gehorchen als den Menschen. Heute haben wir einen Mangel an Gottesfurcht und eine großen Trend zur Menschenfurcht. Analysieren sie den Staat, seine Gesetze, die aktuelle Politik und die Motive der einzelnen Politiker auf Grundlage der Bibel. Dabei ist immer eine gewisse Skepsis vorteilhaft. Schärfen sie ihren Blick für eine Gesamtschau auf die Dinge und den konkreten Einzelfall, der Staat ist nicht "heilig", wie uns die öffentliche Meinung uns verkaufen will.

In der frühen Bundesrepublik gab es einen politischen Konsens, dass das im Grundgesetz kodifizierte Recht, vor allem die Grundrechte, eine höhere Grundlage hätten, welche sie selber nicht erzeugen oder sicher stellen könnten. Im Allgemeinen wurde die christliche Ethik als diese höhere Grundlage angesehen. Dazu gehören die 10 Gebote und die Forderungen des Evangeliums. Der Verfassungsrechtler Wolfgang Böckenförde hat dieses Paradigma aufgestellt.

Seit den 1960er Jahren wurde dieses Paradigma immer mehr verschüttet, das Recht von seiner höheren moralischen Grundlage abgekoppelt und durch den reinen Rechtspositivismus ersetzt. Recht ist das, was die Mehrheit (bzw. ihre Vertreter im Gesetzgeber) als Recht sehen. Das bedeutet die Abstimmung mit den Füßen, die ständige Anpassung an den Zeitgeist. Was das heißt, sehen wir z.B. an der heute völligen Zersetzung des Ehe- und Familienbegriffs und anderer moralischer Werte.

Letztlich sind wir damit wieder dort angelangt, wovon wir 1949 aus historischer Erfahrung eigentlich weg wollten: Die Willkür im Recht.